

Kunst ist
nabzu zu er-
elder
den.
er, 2. Juli.
gebäude unter
Konferenz der
en Kreise
tag geschädigt
die Richtlinie
erste staatliche
erteilung
die in den
missionen
te zum Aus-
io beschleunigt
den betroffenen
Auszahlung

National-
nisten.

m, 2. Juli.

zialisten kam
einer schweren
schlagwerkzeuge
ke liegenden
gebrochen und
die National-
narkotika ge-
Unterstützung
nisten um-
lägeri wurde
nister-Wilhelm
misierte Polizei
die Streifen
dah weitere
Auf beiden

trunken. Am
bruch an der
Kamp von der
Leiche wurde

ägeri gab es
Arbeiter St.
Beluch. Als
in gehobener
effizienten Wort-
re Schlägerei.
und anderen
oosel mehrere
de mit schwe-
hen Kranken-

ad
te

ibad
orn
u. Unna-
at die 15.
bei Glich,
den Rachi-
gane, Her-
azell, So-
R und Bäder
k, unregelm.
Königsborn

VEN
Nordsee
Don Bod
don Sie suchen!
Sand
Sonne
Seewind
wasser
haltung Cuxhaven.

Amstlicher Angehöriger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisterämtern
und Beamten des Kreises
Borken.

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realhulstr. 14.
Fernsprech - Sammel - Nr.
8054. - Rhede: Jol
Heinrichs. - Anholt:
W. Wolling. - Werth:
Th. Parris. - Jette:
burg: Johann Welling.
Ringenberg: Schmie-
berts. - Dingen:
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Postverlagort:
Dortmund.

Bocholter - Borkener Volksblatt

Postverlagort:
Bocholt.

Wochenpreis im Monat:
Abh. 1. von der Geschäftsstelle
2. - 5. Haus gebracht einl. 25
3. - 5. Botenlohn 25, durch die
Post einl. 42 Bgl. Beleg 252.
In Fällen höherer Gewalt, wie
Streik, Sperr, Arbeitslosigkeit
u. a. hat der Bezüger seinen An-
spruch auf Lieferung ab. Rückzahl.

Abgabe:
Für das einseitige Blattmeter
12 Bgl., lokale Abgabe 77 Bgl.,
Familienabgabe 77 Bgl., kleine
(Gegenschein) Abgabe 66 Bgl.,
bezahlte und parteipolitische
Abgabe 10 Bgl. Für den ab-
gemeinen (Jahres) Teil gelten
besondere Tarife.
Bei Abgabe, Vergütung,
Rückzahlung 1803 der Beilagen
Kassett. - Geschäftsstelle ist
für beide Teile Bocholt.

Nummer 183

Montag, den 4. Juli 1932

Jahrgang 1932

Das Selsenkirchener Geschäft.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, der die Verhandlungen über den Kauf des Aktienpakets der Selsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft für das Reich führte, stellte dem „Demokratischen Zeitungsdienst“ eine Darstellung über seine Beweggründe und die Einzelheiten der Transaktion zur Verfügung, in der er es als einen Irrtum bezeichnet, zu glauben, daß es sich bei der Transaktion in erster Linie um die Selsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft handelte. Es sei vielmehr darum gegangen, die Herrschaft über die Vereinigten Stahlwerke zu bekommen.

Die Bedeutung der Angelegenheit ergebe sich daraus, daß die Vereinigten Stahlwerke und Selsenkirchener im Jahre 1929 noch über 200 000 Mann beschäftigten und auch heute noch in ihren Betrieben der Montan- und Eisenindustrie etwa 120 000 Beamte, Angestellte und Arbeiter hätten.

Zur Frage des Kaufpreises sagt Dr. Dietrich, daß der amerikanische Gutachter für Bergwerks- und Selteneitengüter, Herr H. A. Brasser, am 1. März 1928 den Grundbesitz und die Werksanlagen von Selsenkirchener mit 77,2 Millionen Dollar, also mit über 300 Millionen Mark, bewertet hatte. Die Selsenkirchener, insbesondere der Besitz an den Vereinigten Stahlwerken, seien dabei nicht mitgerechnet. Die Werksanlagen der Vereinigten Stahlwerke, ohne den Effektenbesitz dieser Gesellschaft, habe Brasser auf 550 Millionen Dollar bewertet. Die Hauptgefahr war, so führt der Minister dann aus, daß man in dieser fürchterlichen Notzeit mit relativ geringen Summen sich einer so gewaltigen Organisation hätte bemächtigen können, und zwar von einer Seite her, die der deutschen Wirtschaft hätte verheerend wirken können. Dazu kommt, daß die vom Reich verantworteten und gestützten Banken die eigentlichen Gläubiger der Vereinigten Stahlwerke und von Selsenkirchener waren und daß es sich also nicht um wesentlichen um Barzahlungen, sondern in der Hauptsache um Uebernahme von Schulden handelte, die bei den reichseigenen und den anderen Banken schon bestanden.

Dr. Dietrich schreibt zum Schluß seiner Ausführungen, es handelte sich darum, einen ungeheuren Zusammenbruch abzuwenden, einen lebensgefährlichen Rückstoß auf die Banken aufzuhalten und ein für allemal der Ueberforderungsgefahr, die in solchen Zeiten der Not geradezu lebensgefährlich ist, vorzubeugen. Worauf es jetzt aber ankommt, das ist, den Staatseinfluß festzuhalten, wo er nötig ist, und das gilt vor allem für die Kohle. Auf der anderen Seite geht es darum, den Staatseinfluß zu beseitigen, um alles aus Selsenkirchener und den Vereinigten Stahlwerken wieder hinauszuwerfen, was nicht hineingeht, notfalls unter „billigen“ Bedingungen, damit alles, was durch Zerrüttung und Auflösung zahlloser Einzelbetriebe durch diesen Riesenkonkurs vernichtet wurde, und was vom Handel noch begehrt geblieben ist, wieder aufleben kann.

Dabei wurde erklärt, bis zu welcher Grenze und unter welchen Bedingungen wir uns an der wiederholten in Aussicht gestellten Mitarbeit an dem weltwirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligen könnten. Die zahlenmäßigen Angaben, die mit Bezug auf den angeblich deutschen Plan gemacht wurden, entsprachen vermutlich einer Reihe von rechnerischen Beispielen, die bei Erörterung des gegnerischen Vorschlags von deutscher Seite gegeben wurden und widersprechen sich in sich selbst.

Es handelt sich offenbar um Silbenschere. Die Taktik der deutschen Delegation, einerseits der deutschen Öffentlichkeit gegenüber zu bekennen, daß eine Zahl genannt worden sei, andererseits über diese Zahl zu verhandeln, bleibt merkwürdig.

Das deutsche für und Wider.

Von unserer Berliner Redaktion.

× Berlin, 4. Juli. (Draht.)

In Lausanne konnte trotz aller Bemühungen des Vor-

Schweres Eisenbahnunglück.

Neun Tote, 30 Verletzte.

× Prag, 3. Juli.

Auf der Lokalbahnstrecke Benešov-Unter-Račovice stießen am Samstagabend zwei Personenzüge zusammen. Dabei wurden neun Personen getötet und 30 verletzt, darunter 12 schwer. Das Unglück ereignete sich während eines schweren Gewittersturmes, der die Fernleitung und die Weichenstellung behinderte. Ein Hilfszug traf in kurzer Zeit ein. Die Unglücksstätte bot einen gräßlichen Anblick. Die Ortseigenen der Umgebung konnten die Jammernden und Verletzten Verwandten unter den ineinander geklemmten Wagenteilen aus mit Mühe hervorziehen.

Deutschland soll noch 4 Milliarden Mark zahlen.

Die deutsche Abordnung lehnt jede Restzahlung ab.

Der neue Vorschlag der Gläubigermächte.

× Lausanne, 3. Juli.

Der gestrige Samstag hat eine intensive Arbeit der Konferenz bzw. des Büros gebracht, ohne daß von deutscher Seite daran unmittelbar teilgenommen werden konnte. Nach dem englischen Schatzkanzler Neville Chamberlain, der schon Freitag nachmittag im Flugzeug von London nach Lausanne zurückgekehrt war, traf gestern früh auch Herriot wieder ein; es handelt sich darum, daß den am Freitag ausgearbeiteten Vorschlägen die definitive Lösung gegeben, daß der Rahmenentwurf mit Zahlen und endgültigen Angaben ausgefüllt werden sollte. Während in den Verhandlungen am Samstag vormittag noch keine Einigung erzielt werden konnte, gelangten Herriot und MacDonald am Nachmittage in Beratungen mit ihren Mitarbeitern zu einer Verständigung, der dann auch Italien, Belgien und Japan - Italien mit Vorbehalt - ihre Zustimmung gegeben zu haben scheinen.

Dieser Vorschlag der fünf Gläubigermächte ist der deutschen Abordnung heute vormittag in einer ein-

seitigständigen Besprechung, die der Reichskanzler und der Reichsaussenminister mit MacDonald hatten, gewissermaßen inoffiziell zur Kenntnis gebracht worden. Er fordert vier Milliarden Goldmark, zahlbar in Bonds, die der WZ. als Treuhänder übergeben würden und von dieser nach Ablauf von drei Jahren auf den Markt gebracht werden könnten, wenn das nach der Kreditlage Deutschlands für möglich gehalten und ein Ausgabebetrag von mindestens 90 Prozent für die Prozentigen mit mindestens 1 Prozent jährlich zu tilgenden Obligationen erreicht würde. Der Zinsfuß würde selbstverständlich jeweils erst von dem Tage der Emission einer Transche beginnen, also nicht etwa mit Uebergabe an die WZ. Der Zinsfuß würde jeweils einem Spezialfonds zur Verfügung gestellt, dem Fonds commun, der im wesentlichen für den Wiederaufbau bestimmt ist.

Unter dieses Abkommen sollen nicht fallen die Verzinsung und Tilgung der Young- und Dawesanleihen, die belgischen Markverpflichtungen und die Verpflichtungen gegenüber Amerika aus dem sogenannten mixed claims (41 Millionen) und den amerikanischen Besatzungskosten (25 Millionen), wohl aber der gesamte Rückstand aus dem Hooverjahr, also nicht nur die gestundeten und in zehn Jahresraten

nachzahlbaren geschätzten Beträge, sondern auch die ungeschätzten Annuitäten, die in Form von Restschulden bisher als eine neu entstandene Schuld der Reichsbahn gestundet waren.

Nach deutscher Auffassung sollte nach diesem Abkommen die Gesamtheit der deutschen Reparationsverpflichtungen abgelöst und damit der Teil VIII des Versailler Vertrages erledigt sein. (Teil VIII des Versailler Vertrages, der die Bestimmungen über die „Wiedergutmachungen“ enthält, umfaßt die Artikel 221 bis 244, beginnt also mit dem berühmten Kriegsschuldbartikel.)

Schon in der Besprechung am Vormittag haben die deutschen Vertreter MacDonald gegenüber ihre Einwendungen zur Sprache gebracht. Bei dieser einen Aussprache blieb es nicht. Am Nachmittag sahen sich die deutschen Vertreter abermals mit den englischen Ministern zusammen. Zwischendurch fanden interne Delegationsberatungen statt. Eine gemeinsame Sitzung der deutschen Abordnung mit den fünf Gläubigermächten soll erst stattfinden, wenn eine gewisse gemeinsame Verhandlungsgrundlage gefunden ist. Die deutschen Vertreter haben in den Sonntagsbesprechungen immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß der Vorschlag der Gläubigermächte, so wie er jetzt vorgelegt werde, nicht annehmbar sei.

Die Hauptgegenstände können folgendermaßen zusammengefaßt werden:

1. Die deutsche Abordnung lehnt die vorgeschlagene Abschlagszahlung von 4 Milliarden Reichsmark als untragbar ab.
 2. Die deutsche Abordnung lehnt jeden Vorschlag, Deutschland in die Front der europäischen Schuldnermächte gegenüber den Vereinigten Staaten einzureihen, ab, und ist nicht in der Lage, irgend eine noch so lose Bindung in dieser Richtung einzugehen.
 3. Die Bedingungen für die Ausgabe der Bonds der deutschen Regierung, die nach dem dreijährigen vollständigen Moratorium von deutscher Seite als endgültige Abschlagszahlung für die Tribute auszugeben werden sollen, werden auf deutscher Seite nicht als annehmbar angesehen.
 4. Eine Gesamtregelung der Tributfrage muß nach deutscher Auffassung zu einer endgültigen Beilegung des gesamten Teiles VIII des Versailler Vertrages und daher auch des berühmten Artikels 231 (Kriegsschuldfrage) führen.
- Auf deutscher Seite werden ausföhrliche Verhandlungen über die Gesamtregelung der Tributfrage nur dann als denkbar angesehen, wenn in diesen vier Punkten den deutschen grundsätzlichen Forderungen in vollem Maße entsprochen wird.

Der englische Ministerpräsident soll sich in den Sonntagsunterredungen den deutschen Wünschen keineswegs verschlossen haben. Gleich nach der Nachmittagsunterredung zwischen den deutschen und den englischen Ministern fand eine Sitzung der fünf Gläubigermächte statt. Die italienische Regierung hat sich, wie man erzählt, dem Gläubigervorschlag nur mit dem Vorbehalt angeschlossen, daß sie sich bei der Beratung der einzelnen Punkte volle Handlungsfreiheit vorbehält und ihren grundsätzlichen Standpunkt auf eine vollständige und endgültige Regelung der Tributfrage im Sinne der bekannten Erklärungen Mussolinis aufrecht erhält. Die deutsche Auffassung, daß jede Verbindung zwischen der interalliierten Schulden- und der Tributregelung nicht nur für Deutschland unannehmbar sei, sondern auch nicht im Interesse einer baldigen Endlösung der gesamten politischen Schuldenfrage liege, findet jetzt harte Unterstützung in allen ausländischen Finanzkreisen. Wie verlautet und wie eine Meldung aus Washington inoffiziell bestätigt, sind die Gläubigermächte in den letzten Tagen darauf aufmerksam gemacht worden, daß die amerikanische Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit eine Verbindung der interalliierten Schuldenfrage mit der Reparationsfrage lediglich als den Versuch eines Drucks auf das amerikanische Volk auffassen würden und daß damit die gegenteilige Wirkung erzielt würde. Nur eine sofortige und unabhängige Regelung der deutschen Reparationsfrage könne die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten dazu bestimmen, namentlich auch von amerikanischer Seite aus in die endgültige Regelung der interalliierten Schuldenfrage einzutreten. Die Sicherungslösung in Bezug auf die amerikanischen Gläubigeransprüche an die ehemaligen Alliierten soll allerdings in dem vorgeschlagenen Abkommen nicht mehr erscheinen, sondern, wie man hört, Bestandteil eines Protokolls oder eines ähnlichen zusätzlichen Schriftstückes werden.

Wenn der gemeinsame Vorschlag der Gläubigermächte bisher noch nicht in offizieller schriftlicher Form der deut-

Die Stellung des Kabinetts Herriot erschüttert?

Finanzschwierigkeiten der Regierung.

— Paris, 3. Juli.

Die Finanzschwierigkeiten der französischen Regierung sind in einer Sitzung des Finanzausschusses der Kammer am Samstagabend wieder in den Vordergrund des Interesses getreten. Der ursprüngliche Plan, der eine Mehreinnahme von 4 Milliarden sichern sollte, ist durch die Annahme von Abänderungsanträgen der Sozialisten und Radikalen plötzlich auf 2 Milliarden Franken herabgesunken. Der Ausschuss lehnte zunächst eine fünfprozentige Gehaltsherabsetzung der Staatsbeamten ab und nahm dafür einen sozialistischen Gegenorschlag an, der diese Abgabeneinschränkung nicht nur auf die Gehälter der Beamten beschränkte, sondern sie allgemein auch auf Verwaltungsausgaben ausdehnte. Die durch den Regierungsplan errechnete Einsparung von einer halben Milliarde wird demnach auf das Personal und das Material verteilt. Die völlige Abschaffung der Pensionen für wiederverheiratete Kriegswitwen wurde ebenfalls abgelehnt. Die von der Regierung vorgeschlagenen Steuererhöhungen bei der Umsatzsteuer und der Verkehrssteuer wurden vom Finanzaus-

schuß zum größten Teil zurückgewiesen und um insgesamt eine Milliarde Franken gekürzt. Der endgültige Reformplan ist damit von vier Milliarden auf zwei Milliarden herabgesetzt worden.

Haushaltsminister Palmade lehnte jede Verantwortung ab und erklärte, daß die Regierung angesichts der einschneidenden Maßnahmen gezwungen sei, sich noch einmal eingehend mit der Materie zu beschäftigen. Da Herriot in Frankreich anwesend ist, wurde beschlossen, sofort nach Beendigung der Besprechungsfeierlichkeiten für Briand einen Kabinettsrat abzuhalten.

Die Stellung der Regierung ist naturgemäß durch die Haltung des Finanzausschusses sehr erschwert. Besonders kritisch ist die Lage dadurch, daß es diesmal nicht die Opposition ist, die sich gegen das Reformprogramm richtet, sondern die eigene Mehrheit. Vor die Notwendigkeit einschneidender Sparmaßnahmen gestellt, wird die Regierung kaum umhin können, bei der Behandlung gewisser Kapitel Vertrauensfrage zu stellen. Es wird dann von der Haltung der Radikalen, Sozialisten und Sozialisten abhängen, ob der französische Ministerpräsident in Zukunft Herriot oder möglicherweise Daladier heißt.

Neue Vorschläge für die Abrüstungskonferenz.

Ein Schritt der kleinen Mächte bei
Henderson.

— Genf, 2. Juli.

Heute vormittag sind die Vertreter Spaniens, Belgiens, Hollands, Schwedens, Norwegens, Dänemarks, der Schweiz und der Tschechoslowakei beim Präsidenten der Abrüstungskonferenz, Henderson, vorstellig geworden, um ihm Vorschläge zur Weiterführung der Konferenzarbeiten zu machen. Gegen eine einfache Vertagung, die insbesondere Frankreich und England vorzunehmen schienen, wendeten sich nun eine Reihe von Staaten. Die Konferenz müsse wenigstens einige konkrete Abrüstungsmaßnahmen beraten. Schon jetzt könnte über folgende Punkte Beschlüsse der Konferenz herbeigeführt werden:

1. Absolutes Verbot des Bombenwerfens aus Flugzeugen einschließlich der Übungen und Vorbereitungen zum Bombentreff;
2. Beschränkung der Maximaltonnage für Militärflugzeuge auf 1000 Kilogramm;
3. Beschränkung der Heeresausgaben;
4. Schaffung einer ständigen Rüstungskontrolle.

Nach den bisherigen Dispositionen ist die Einberufung des Büros der Konferenz für Dienstag nachmittag und des Hauptauschusses vorläufig für Donnerstag in Aussicht genommen.

Wie verlautet, soll der Präsident der Konferenz den Vorschlägen der kleinen Staaten sympathisch gegenüberstehen.

Die gemeinsamen amerikanisch-französischen englischen Besprechungen ruhen augenblicklich vollständig.

Ein neuer englischer Abrüstungs- vorschlag.

— London, 3. Juli.

„Sunday Dispatch“ bringt die Meldung, daß das englische Kabinet den Außenminister angewiesen habe, der Abrüstungskonferenz einen neuen englischen Abrüstungsplan vorzulegen, der folgende Vorschläge enthalte: Abschaffung aller schweren Geschütze, ausgenommen die unbeweglichen Festungsgeschütze, Abschaffung der Bombenflugzeuge, der Schwimmschiffe über 10 000 T. und der Flugzeugmutterschiffe, Abschaffung der U-Boote oder, falls dies nicht durchführbar sei, Höchstbegrenzung des U-Bootenbaus auf 150 Tonnen je Schiff, Herabsetzung der effektiven Stärke der kontinentalen Armee (jedoch nicht der englischen, die bereits verhältnismäßig bedeutend schwächer ist als die der anderen Staaten), Abschaffung der Giftgaswaffen und der schweren Tanks.

„Sunday Dispatch“ schreibt dazu, nach englischer Ansicht sei dieser Plan leichter durchführbar als die Hoover-Vorschläge. Er würde innerhalb der nächsten zehn Jahre eine Ersparnis von rund 2 Milliarden Pfund Sterling in der ganzen Welt einbringen, wobei auf England eine Ersparnis von 30 Millionen Pfund jährlich kommen würde. Der erste Teil des englischen Planes werde möglicherweise in einer Sitzung der Unterzeichnermächte des Londoner Flottenvertrages vorgetragen werden, die für den nächsten Dienstag von England einberufen sei.

ischen Abordnung übermittelt worden ist, so liegen die Gründe hierfür nach Mitteilung unterrichteter Kreise darin, daß MacDonald die Möglichkeit weiterer Verhandlungen und Abänderungen des Vorschlags offen lassen will und es ablehnt, durch schriftliche Fixierung des Vorschlags die Gläubigermasse endgültig festzulegen.

Der deutsche Standpunkt liegt immer wieder in der gleichen Richtung, daß Deutschland eine rechte Beteiligung des Tributproblems fordern, jedoch zu positiven Maßnahmen zum Wiederaufbau Europas auch in der Form finanzieller Beiträge durchaus bereit ist. Jedoch ist immer wieder betont worden, daß weitere Tributabstufungen in irgendeiner Form für Deutschland nicht in Frage kommen können. Die deutsche Abordnung hat bezüglich der Maßnahmen zum Wiederaufbau Europas MacDonalds scharfe Vorschläge gemacht, deren Durchberatung noch offen steht.

Die weiteren Besprechungen werden aller Voraussicht nach nunmehr noch bis Mitte dieser Woche hinein dauern, da Herriot infolge der großen Kammerausprache über den französischen Haushalt erst Dienstagabend zurück erwartet wird, somit die abschließenden Besprechungen erst am Mittwoch einleiten werden.

Im Zusammenhang mit der Formulierung der Genfer Vorschläge von der Gegenseite, deren Verwirklichung eine Mitwirkung der B33 notwendig machen würde, ist gestern Abend der Präsident des Verwaltungsrats der B33, MacGarrath, auf Einladung MacDonalds in Lausanne eingetroffen. Er hat mit dem britischen Premierminister heute eine Besprechung gehabt.

Die Haltung der amerikanischen Regierung.

Washington gegen jede Verknüpfung der Reparationsfrage mit der Haltung Amerikas.

Washington, 2. Juli.

Die Verträge gewisser Delegationen in Lausanne, die endgültige Lösung der Reparationsfrage von der Haltung der Vereinigten Staaten abhängig zu machen, werden in hiesigen amtlichen Kreisen als sehr unklug angesehen. Von hoher Regierungsebene wird erklärt, es sei die übereinstimmende Ansicht von Regierung und Kongreß, daß Europa zunächst die Reparationsfrage erledigen müsse. Erst dann könne Amerika sich mit den einzelnen Schuldstaaten über eine Ordnung der Verpflichtungen dieser Staaten ins Benehmen setzen.

Jeder Versuch, die Reparationen und die Kriegsschulden in eine so enge Verbindung zu bringen, würde eine äußerst ungünstige Wirkung in der amerikanischen öffentlichen Meinung haben und von der Regierung nicht als „endgültige Regelung“ der Reparationsfrage betrachtet werden können.

Von der korrekten Haltung der deutschen Delegation wurde hier mit Befriedigung Kenntnis genommen, und die Bereitwilligkeit zu einer neuen Prüfung der Kriegsschulden nach den Novemberbeschlüssen wurde mit dem Hinweis informell in Aussicht gestellt, daß beide Parteiprogramme die Neuverteilung nicht ausgeschlossen hätten. Bedingung sei jedoch: Erledigung der Reparationsfrage.

Der Abschluß der österreichischen Anleiheverhandlungen in Lausanne.

Lausanne, 2. Juli.

Zu dem Abschluß der österreichischen Anleiheverhandlungen erklärt man, daß die Verteilung der vorgesehenen Anleihe von 800 Millionen Schilling folgendermaßen gedacht ist: England, bereits ausgeliefert: 100 Millionen, Frankreich, vorbehaltlich der Zustimmung der Kammer, 100 Millionen, Italien: 80 Millionen, die Schweiz, Holland, Belgien und Deutschland mit noch nicht ganz feststehenden Ziffern, ferner eine grundsätzliche Zusage Spaniens und voraussichtlich auch Schwedens. Bezüglich der Sicherheiten hat sich ebenfalls nichts Wesentliches geändert. Die formell erforderliche Zustimmung des Völkerbundes dürfte noch in dieser Woche erfolgen.

Neue Zollregelung von Speck und Schmalz.

Berlin, 2. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: Ausgehend von dem entschlossenen Willen, die katastrophale Lage der deutschen Wirtschaft zu beheben, wird die Industrie und die Landwirtschaft durch die Aufhebung der Zölle auf Speck und Schmalz, die seit dem 1. April 1932 in Kraft getreten sind, eine wesentliche Entlastung erfahren. Ein Eingreifen gerade bei diesen Erzeugnissen erschien insbesondere deshalb erforderlich, weil die Einfuhr von Speck und Schmalz in letzter Zeit stark anstieg und dadurch die Verwertung der deutschen Schweinehäute immer mehr beeinträchtigt wurde. Irrendwelse Versorgungsschwierigkeiten werden nicht eintreten, da die deutsche Landwirtschaft jederzeit den deutschen Bedarf an tragbaren Fetten decken kann.

Für Speck und Schmalz gelten nunmehr während der Dauer des deutsch-schwedischen Handelsvertrages die in diesem Vertrag festgelegten Zölle.

Die bisherigen Zwischenfälle bei Speck betragen 14 Mark und bei Schmalz 6 Mark für den Doppelpennet. Die Zölle des deutsch-schwedischen Handelsvertrages betragen für Schmalz 10 und für Speck 20 Mark je Doppelpennet.

Der „Vorwärts“ auf fünf Tage verboten.

Berlin, 2. Juli.

Der Vorzeitspräsident von Berlin hat das Erscheinen des „Vorwärts“ auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni für die Zeit vom 4. bis einschließlich 9. Juli verboten.

Noch kein Verbot wegen Verstoßes der „Nationalen Volkszeitung“.

Leipzig, 2. Juli.

In der Angelegenheit des geforderten Verbots der „Nationalen Volkszeitung“ ist vom 4. Strafgericht des Reichsgerichts heute noch kein Verbot ausgesprochen worden. Voraussichtlich ist damit am Montag zu rechnen.

Dr. Brüning eröffnet den Wahlkampf.

Vier Reden im Rheinland.

)) Köln, 2. Juli.

Mit dem heutigen Tage leitet der Wahlkampf des Zentrums ein, den am Rhein Dr. Brüning eröffnete. Auf seiner Fahrt über Siegburg, Bonn, Köln nach Koblenz wurde er überall von Tausenden begrüßt.

In Siegburg, wo er zuerst sprach, führte er aus, die Politik der letzten zwei Jahre sei zwar unpopulär gewesen, aber sie habe die Opfer aufgelegt nicht aus der Gefinnung heraus, daß man etwa Rechte und Freiheiten des Volkes rückwärts habe rücken wollen, sondern um das Vaterland zu retten und den Weg zur Freiheit erst freizumachen. Auch wenn wir jetzt die Freiheit nicht erstreben, könne man stolz darauf sein, daß diese Wege gebahnt worden seien, „vor der Geschichte wird der Erfolg dennoch unser sein“.

Dann ging die Fahrt nach Bonn, wo Dr. Brüning von den Menschenmengen in die überfüllte Beethovenhalle geleitet wurde. Am Schluß seiner Rede fand Brüning den begeisterten Beifall seiner Anhänger, die die Halle füllten. Von der Beethovenhalle fuhr Dr. Brüning zu den Sälen des Bürgervereins, wo er noch einmal zu den Tausenden sprach, die bereits durch Lautsprecherübertragung seine Rede aus der Beethovenhalle gehört hatten.

Dann ging die Fahrt weiter nach Köln. Hier sprach der ehemalige Reichkanzler in der Rheinlandhalle, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Nach kurzen einleitenden Worten des Führers der Kölner Zentrumspartei, Dr. Reuter, befragte Dr. Brüning die Rednertribüne, von den Anwesenden mit langanhaltendem Beifall begrüßt. Er gab zuerst einen Rechenschaftsbericht über seine Regierungstätigkeit und erklärte:

„Ich habe heute daselbst Verantwortungsgesühl für das Geschick Deutschlands wie während meiner Kanzlerschaft. Er sei nicht gewiß, das zu tun, was die sogenannte nationale Opposition getan habe, als sie ihm in der schwierigsten Lage Deutschlands in den Rücken gefallen sei.“

und erklärte, er sei dem Ausland gegenüber für Deutschland nicht verhandlungsberechtigt. Auch als er als Vaterlandsverräter gebrandmarkt worden sei, sei es ihm nicht eingefallen, eine Zeitung zu veröffentlichen. (Stürmischer Beifall.) Wer seiner Sache sicher sei, werde nicht über jeden Zeitungsangriff nervös. Für ihn und seine Anhänger gäbe es nur das Vaterland und keine Partei. Was aber jetzt außenpolitisch an Konsequenzen gemacht würde, das müßte die nationale Opposition im neuen Reichstag selbst annehmen. Brüning erklärte:

„Ich lehne es ab, Enthüllungen zu machen, wenn jedoch keine Rücksichtnahme auf das Ausland mehr notwendig ist, dann werde ich den Schieber von der Wahrheit der letzten vier Jahre zurückziehen.“

(Hört, hört!) Das Zentrum habe durch seine Koalitionspolitik eine Einigung des deutschen Volkes angestrebt, und nicht wie die Nationalsozialisten, die beiden Häuptern des deutschen Volkes auseinandergerissen. Brüning verwahrte sich gegen den Vorwurf, er habe die nationale Rechte nicht zur Verantwortung herangezogen und betont, daß er mehrfach den Versuch gemacht habe, ein Kabinett zu bilden, das sich auf die Rechte stützte. Im Sommer 1930 habe die Rechte sich ihm verweigert, und der Grund dafür habe nicht bei ihm gelegen. Im September 1930, als Währung und Außenpolitik zusammenbrachen, drohten, habe dagegen die Sozialdemokratie in größter Opferbereitschaft

ihm ihre Unterstützung gewährt ohne irgendwelche Bedingungen. Dr. Brüning erklärte wörtlich:

„Nachdem ich glaube, meine Demission einreichen zu müssen, wäre es möglich gewesen, eine vorläufige Lösung zu finden, wenn das getan worden wäre, was der Abgeordnete Raas dem Reichspräsidenten von Papen bei seinem Gang zum Reichspräsidenten mit auf den Weg gegeben hat. Deutscher will ich nicht werden.“

(Hört, hört.) Brüning nahm dann gegen die Behauptung Stellung, daß er ohne Parlament regiert habe. Er habe stets das Parlament zur Verantwortung herangezogen, er habe nur die parlamentarischen Auswüchse bekämpft. Ein Parlament, das sich seiner Grenzen bewußt sei, sei immer noch besser als die Einflüsse der verfassungsmäßig unverantwortlichen Kräfte. (Stürmischer Beifall.) Am 31. Juli gehe es um die Erhaltung einer autoritären Demokratie und die Verhinderung einer reinen Parteiherrschaft, so wie die Nationalsozialisten sie wollten. Diktatur und Präsidientenverfassung seien Schlagworte, denn das deutsche Volk werde sich eine Diktatur nicht länger als vier oder sechs Monate gefallen lassen, dazu sei es politisch zu reif. (Langanhaltender stürmischer Beifall.) Zu einer diktatorischen Regierung gehöre auch ein Diktator. Einen Diktator mache nicht solches Ausstreuen, sondern es sei ein ungeheures Wissen, eine große Fähigkeit und menschliche Beiseidenheit notwendig. Das Rezept einer Diktatur habe man sich wohl vom Ausland holen können, aber mit einem Rezept allein könne man noch keinen Diktator auf die Beine stellen, wenn er nicht die Anlagen dazu habe.

Zu der Siedlungsfrage, die unmittelbar zum Austritt Brünings geführt hat, erklärte der ehemalige Reichskanzler, daß er durch die Umstellung von west- und süddeutschen Bauernhöfen den politisch gefährdeten Osten habe retten wollen.

Wenn ihm der Vorwurf gemacht worden sei, daß er den evangelischen Osten habe katholisch machen wollen, so erklärte er, daß die Leiter der Siedlung protestantisch-konfessionelle Männer waren.

Die großen Massen der städtischen Bevölkerung hätten unerbörte Opfer gebracht, als er den Getreidepreis auf das zweieinhalbfache des Weltmarktpreises heraufgeschraubt habe zur Stützung der deutschen Landwirtschaft. Die kleine Schicht der ostdeutschen Großgrundbesitzer hätte auch einmal wie das übrige Volk Opfer bringen müssen. Brüning wandte sich dann scharf gegen den Gegenstand, zur Befriedung der deutschen Wirtschaft eine Inflation herbeizuführen, da der Glaube des deutschen Volkes an einen Haltepunkt schnell erschüttert werden würde und falsche Geschäfts- methoden wieder ihren Einzug in die deutsche Wirtschaft halten würden. Den Vorwurf, das Zentrum habe, als es in der Regierung war, den Kultur Bolschewismus gefördert, wies Dr. Brüning zurück und sagte, Kultur Bolschewismus lasse sich nicht durch Regierungsmah- nahmen bekämpfen, sondern nur durch lebendiges, evangelisches und katholisches Christentum und durch Erziehung der Mitglieder der beiden Kirchen zu gemeinsamen Streikern gegen die Gottlosigkeit. Das Zentrum werde sich stets für eine ruhige Entwicklung im Innern einsetzen, die die Voraussetzungen für außenpolitische Freiheit sei.

„Wir wollen“, so schloß Brüning, „gemeinsam mit allen, denen an der Freiheit des Bürgers und an der Freiheit der Meinungsbildung etwas gelegen ist, kämpfen gegen einseitige Parteiherrschaft und Diktaturgefühle. (Zolender Beifall und Rufe: Heil Brüning!) Die Anwesenden sangen spontan das Deutschlandlied.“

Aufruf an die Angestellten.

Der Reichsangeestelltenbeirat der Deutschen Zentrumspartei zur Reichstagswahl.

Frankfurt, 2. Juli.

Der Reichsangeestelltenbeirat der deutschen Zentrumspartei trat am Samstag in Frankfurt a. M. unter Vorsitz des Reichstagsabg. Gerig-Röll zu einer Tagung zusammen. Sie war getragen von dem einmütigen Bekenntnis, geschlossen mit den übrigen Berufsständen in der Zentrumspartei, das große Ziel des Wahlkampfes verfolgend, alle Sonderwünsche beiseite lassend, in die Wahlbewegung aktiv mit einzutreten. Reichstagsabg. Gerig sprach in einem groß angelegten Referat über Brünings Austritt und seine Folgen. Die folgende Aussprache durchwachte ein Treu- und Vertrauensbekenntnis zu Brüning und Zentrumspartei, wie es wärmer wohl nicht ausgesprochen werden konnte.

Sobann wurde einstimmig beschlossen, folgenden Aufruf an die Angestellten in Handel, Industrie, Gewerbe und Verwaltung zu richten: „Durch den Sturz Brünings ist die von ihm geleitete Politik jäh unterbrochen. Sein Ziel war die Befreiung Deutschlands und die Befreiung des deutschen Volkes. Ihm verdankt das deutsche Volk das außenpolitische Rein! Überparteiliche Kräfte, Gegner einer völkischen Demokratie und sozialreaktionäre Kräfte haben den Sturz Brünings vorbereitet und verschuldet. Brüning und Stegerwald waren uns garanten einer zwar unvollkommen, aber gerechten Neugestaltung einer Sozialpolitik in christlich-nationalen Sinne. Die grundsätzliche Ablehnung des sogenannten „Wohlfahrtsstaates“ in der Regierungserklärung des neuen Kabinetts und die in der Notverordnung vom 14. Juni 1932 enthaltene einseitige und ungerechte Benachteiligung der Angestellten in

einer Zeit größter sozialer Not haben unter den Angestellten Erbitterung ausgelöst. Eine solche Auffassung und derartige Maßnahmen widersprechen der im Naturrecht begründeten christlichen Staatsauffassung, nach der sich der Staat nicht nur als Rechtsstaat, sondern auch als Wohlfahrtsstaat, d. h. als sozialer Staat zu betätigen hat. Brüning ist ein Symbol des Frontgeistes, des echt konservativen christlich-nationalen Menschen. Er wollte uns Führer sein im Kampfe um die Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Führer sein im Kampfe um die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft. Brüning ist ein Sinnbild des Kampfes um die Freiheit und Gleichberechtigung der deutschen Nation. Das Kabinett Brüning ist gestürzt. Seine Ideen leben weiter. Sein Wollen ist auch unser Wollen. Im Kampfe gegen Völkerverhetzung, gegen Sozialreaktion und gegen liberale und marxistische Unterbödigung christlichen Völkergutes wollen wir zusammenstehen. Der Reichsangeestelltenbeirat begrüßt den Kampfaufbruch des Reichsarbeitsrates der Deutschen Zentrumspartei. Er fordert die Angestellten auf, mit der sich zur Zentrumspartei bekennenden Arbeiterkraft und den übrigen Ständen in geschlossener Abwehrfront für die Erhaltung und Fortentwicklung des sozialen Volksstaates einzutreten.

Darum schließt die Reihe, kämpft mit uns! Mit Brüning zu einem neuen Deutschland der sozialen Freiheit im Innern und der nationalen Freiheit nach außen. Kommt zu uns! Wählt Brüning! Kämpft mit uns für unsere Ziele, denn unter unseren Fahnen ist Deutschland!“

Wahlabkommen der Deutschen Volkspartei mit den Deutschnationalen.

Berlin, 2. Juli.

Nach Mitteilung der Reichsleitung der Deutschen Volkspartei hat sie am im kommenden Reichstag eine Reichsmehrheit zu sichern und innerhalb dieser Reichsmehrheit den national-bürgerlichen Anschauungen ein hartes Gegengewicht gegen sozialistische Tendenzen zu verschaffen, ein Wahlabkommen mit der Deutschnationalen Volkspartei abgeschlossen. Danach räumt diese der Deutschen Volkspartei auf ihrer Reichsliste acht Sitze und soziale völksparteiische Mandate ein, als sie nach der Schlußabstimmung von 80 000 auf Grund ihrer abgegebenen Stimmen beanspruchen kann. Irrendwelse politische Bindungen wurden dabei weder von beider Seiten noch von der anderen Seite übernommen. Die Selbstständigkeit der Deutschen Volkspartei im Wahlkampf und nach der Wahl bleibt unverändert aufrechterhalten. Auch die in den Wahlkreisen oder auf der deutschnationalen Reichsliste gewählten Abgeordneten der Deutschen Volkspartei behalten ihre volle Entfaltungsfreiheit.

Die Beisehung Briands in Cochere.

Paris, 2. Juli.

Bei strahlendem Sommerwetter wurde heute Reichs- Briand auf dem kleinen Dorfsiedhof zur

letzen Ruhe gebracht. Tausende von Freunden des verstorbenen Staatsmannes hatten sich versammelt, um ihm die letzte Ehre zu erweisen. Die gesamte Regierung, Vertreter von Senat und Kammer, das diplomatische Korps, darunter der deutsche Botschafter v. Helldorf, und viele Frontkämpfervereinigungen waren vertreten. Die Feier war schlicht und eindrucksvoll. Ministerpräsident Herriot leitete in seinem Nachruf vor allem den Menschen Briand, dessen staatsmännisches Werk erst die Geschichte richtig würdigen werde. Ebenso schlicht, wie die Feier war, wird auch die Grabstätte Briands sein. Ein riesiger, aus seiner Heimat, der Bretagne, kammerber Felsblock, der die Inschrift „Aristide Briand“ trägt, wird die Gruft bedecken.

Garner Vizepräsidentenstandidat der amerikanischen Demokraten.

Chicago, 2. Juli.

Der demokratische Parteitag wählte den Sprecher des Repräsentantenhauses Garner durch Affirmation zum Kandidaten für die Vizepräsidenten-

Das neue tschechoslowakische Kabinett.

Belgrad, 2. Juli.

Die neue Regierung ist heute von Milan Stedra-ich, dem Innenminister im bisherigen Ka-

binett Marinowitsch, gebildet worden. Minister für Auswärtiges ist Stedra-ich.

Essener Polizeiwachmeister erschossen

Essen, 2. Juli.

Rot-Sportler, die an der Ruhr-Spartafest teilnahmen, beschossen heute nachmittag vereinzelte Polizeieinheiten. Der Wachmeister Josef Hamma wurde durch einen Kopf- und Bauchschuß getötet. Nach Zeugenaussagen hat die tödlichen Schüsse der 23 Jahre alte Josef Staudinger aus Essen abgegeben, der jedoch noch flüchtig ist. Die Fortsetzung der Spartafest wurde sofort verboten. Außerdem wurden 24 Personen verletzt, vier von ihnen schwer.

Aufmarsch der SA und der Eisernen Front in München.

München, 2. Juli.

Der anlässlich des Oberbayerischen Gaudages der NSDAP veranstaltete Aufmarsch von 12 000 Mann SA und SS in den Straßen Münchens ging am Sonntag mittag im wesentlichen ohne Störung vor sich. Hitler, der mit Hauptmann Röhm und dem Stab erschienen war, nahm die Parade der SA und SS ab. Im Paradezug zogen die Reihen unter den Klängen der Musikbänder mit zum Grus erhabener Hand vorbei. Hitler stand in seinem Auto und erwiderte mit ausgestreckter Hand den Gruß.

Zu gleicher Zeit marschierte auch die Eisernen Front in München auf. Nach dem Polizeibericht versuchten an einer Stelle einige hundert Kommunisten durch Schreien und sonstigen Ungehörigkeiten den Zug der Nationalsozialisten zu stören. Um Tätlichkeiten zu verhüten, mußten dort Polizeikräfte eingesetzt werden, die unter Anwendung des Gummiknüppels die kommunistischen Ansammlungen zerstreuten.

Der England-Rundflug des „Graf Zeppelin“.

London, 2. Juli.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf am Sonntag Abend gegen 19 Uhr wieder auf dem Flugplatz Hanworth bei London ein, nachdem es eine 24 stündige Bergungsfahrt rund um England durchgeführt hatte. Wieder waren, wie schon gestern, Tausende von Menschen herbeigeströmt, die dem „Grafen“ zujubelten. Etwa 20 Flugzeuge folgten dem Luftschiff auf dem Flug. Das größte Flugzeug der Welt, die deutsche Junkers-Maschine „G 38“, die die Bewunderung aller Zuschauer erregte. Die Landung ging trotz ungünstiger Windverhältnisse glatt vonstatten. Das Luftschiff belagte zunächst den neuen Flugplatz in Rissington. Hierauf nahm es Kurs nach Norden, überflog London und fuhr entlang der Ostküste nach Schottland, drehte südlich von Edinburgh nach Westen ab und parkierte am Sonntagmorgen den Rumpf der Hülle bei nebligem und regnerischem Wetter. Weiter wurden die Isle of Man und die Irische See überflogen. Das Wetter klarte sich später auf und bei schönem Sonnenschein flog „Graf Zeppelin“ in einer großen Schleife über Liverpool, Birmingham, Bristol und Southampton zurück nach Hanworth.

Auf dem Rückflug nach Deutschland.

London, 2. Juli.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ ist um 21,07 Uhr vom Flugplatz Hanworth zum Rückflug nach Friedrichshafen aufgestiegen.

Ein Räuber erschossen.

Ein Kriminalbeamter verfehlt.

Halle (Saale), 2. Juli.

Gestern Abend war ein Überfall auf eine Zweigstelle der Butterhandlung F. B. Krause geplant. Die Kriminalpolizei hatte rechtzeitig Kenntnis davon erhalten und erwartete die Räuber im Geschäftslokal. Ein Kriminalassistent kam mit einem der Räuber ins Handgemeine. Dabei zog dieser einen Trommelrevolver. Der Beamte machte darauf von seiner Schußwaffe Gebrauch, wobei einer der Räuber getötet wurde. Ein Kriminalassistent wurde durch einen Streifschuß am Arm verletzt, doch ist nicht bekannt, von welcher Seite aus der Schuß abgegeben wurde.

Derminische Nachrichten.

Zwei Jahre Zuchthaus für den ehemaligen Reichsbankdirektor Sator.

München, 2. Juli.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Das hiesige Schöffengericht verurteilte den ehemaligen Reichsbankdirektor Karl Sator aus Mittenberg wegen Amtsunterschlagung zu zwei Jahren Zuchthaus und 600 Mark Geldstrafe, ersatzweise 15 Tage Zuchthaus. Ferner wurde die Fähigkeit zur Beilebung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 3 Jahren aberkannt. Der Staatsanwalt hatte 18 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe beantragt.

Amlicher Ange- Landratsamtes von Bürgermei- und Metern des

Geistliche Hochst. Real- Gymnasium - San 2054. - He- Heinrichs. - Th. Wolling. - Burg: Johann- Ringenber- detions. - D- Billy Engel- der Zentrum-

Numme

Deutsches

Der gestrige deutsche „Gegen- will. Es sollte deutscher Seite ein Angebot ab- es werde nur in dieser Höhe, die Nachschub-Büro- „Zu dem Verlauf- daß es sich in vorzüglich- Aussprache

In dieser darauf ging MacDonald nicht an vorstelle Differenz w- den an Ame- des Verfall- Ergebnisse m- im Prinz

Eine Bestim- auf die Gegen- könne, erwid- Betrag von- liege, wenn Be- Die Modalitäten- trage von- den, die sich über- strecken, dargelegt- solcher Annuitäten- für eine feste Z- sein und wird o- Lager verbrachte- den. Von eng- geltend gemacht- den gegenwärtige- festgelegt werden- ein Spezialkonto- möchte verfügen- Wiederaufbau ve- einstimmd, w- durch das Wollf-

In Lausan- wie verlaute- gelangab- mittag von- Gegenor- ten Vorführ- Dieser deut- es ist von de- gelegt, son- Vor- schlag- Dabei wurde- und unter we- wiederholt in- weltwrt- litiv beiteilig- Angaben- schen Plan g- einer Reih- sen, die bei- von deutscher- [sprechen j-

Es handelt- Taktik der deut- Öffentlichkeit geg- nannt worden sei- handeln, bleibt m-

Das deu-

Von un-

In Lausanne f- Rhenen der Konf- MacDonald. den. Frankreich- lagen, an dem Abt- aus Paris

haben die franz- Delegation- ihre erklärt, bi- den grundi- den Gläubig- gebunden.

Danach müßte D- Amortisationsdien- anleihe sowie ne- zugebung noch 4